

Christoph Görg:

### **Gesellschaftliche Naturverhältnisse und die Transformation des globalen Kapitalismus<sup>1</sup>**

(erschienen in japanischer Sprache in: *associé*, Nr.7; September 2001, Tokyo)

Einschätzungen zur Situation des Ökologieproblems am Ende des 20sten Jahrhunderts sind von einer paradoxen Gegenläufigkeit geprägt. Viele Beobachter sehen die Sensibilisierung für die Bedrohung der natürlichen Umwelt und deren Folgen für die Gesellschaft wieder zurückgehen. Umgekehrt vermeinen andere Beobachter das genaue Gegenteil feststellen zu können und sogar ein Heraufziehendes „Jahrhundert der Umwelt“ (E.U.v.Weizsäcker) erwarten zu dürfen. Beide Anschauungen können einige gute Gründe für sich anführen (auch wenn die zweite Position doch durch einigen professionellen Optimismus mitbedingt sein dürfte). Und trotzdem verfehlen beide den eigentlichen Kern des sich abzeichnenden Prozesses. Denn in gewisser Hinsicht haben sowohl pessimistische als auch optimistische Beobachter recht: Die ökologische Kommunikation relativiert und verstetigt sich gleichermaßen. Beide Anschauungen lassen sich aber miteinander verbinden, wenn statt von einem Ökologie- oder Umweltproblem von einer *Regulation gesellschaftlicher Naturverhältnisse* ausgegangen wird. Dann läßt sich nämlich leichter verstehen, welche Rollen die Natur in der Transformation des globalen Kapitalismus spielen wird und welche positiven wie negativen Konsequenzen dies für sie wie für die Gesellschaft haben könnte.

So kann die erste Beobachtung einer nachlassenden Resonanz ökologischer Probleme auf eine Reihe von Faktoren verweisen: soziale Probleme wie die gestiegene Arbeitslosigkeit, die wachsende Spaltung nationaler Gesellschaften und der „Weltgesellschaft“, Rassismus, Migration und ethnische Vertreibungen wie auch die zunehmende Konflikt- und Gewaltförmigkeit der internationalen Weltunordnung ziehen wieder wesentlich mehr Aufmerksamkeit auf sich als ökologische Bedrohungen. Während dieses Thema noch in den 80er Jahren die öffentliche Arena vieler Industriegesellschaften des Nordens dominiert hatte und mit dem „Erdgipfel“ 1992 in Rio de Janeiro auch zu einem weltweit anerkannten Problem geworden war, scheint nun die „alte soziale Frage“ wieder drängender zu werden, ergänzt durch viele neue soziale Probleme, die als Folgeprobleme der Globalisierung hervortreten. Doch diese Beobachtung droht den gleichen Fehler zu begehen, der sich schon in vielen Zeitdiagnosen zur ökologischen Problematik aus den 80er Jahren findet. So wurde damals von Sozialwissenschaftlern wie Ulrich Beck (1986) die Behauptung aufgestellt, daß an Stelle der Reichtumsverteilung in der Industriegesellschaft nun in der Risikogesellschaft die Verteilung von ökologischen Risiken die zentrale gesellschaftliche Problemlage darstelle. Soziale und ökologische Probleme wurden so

---

<sup>1</sup> Für Kommentare zu diesem Beitrag danke ich Ulrich Brand und Joachim Hirsch.

entkoppelt und als zeitliche Abfolge zu lösender gesellschaftlicher Probleme periodisiert. Statt dessen ist aber von etwas anderem auszugehen, nämlich von der *Überlagerung sozioökonomischer und ökologischer Aspekte in der Restrukturierung des globalen Kapitalismus*. Dadurch verliert die Ökologiethematik einiges von ihrer schönen Eindeutigkeit und auch Einfachheit, gewinnt aber mehr an Relevanz in ihrer Vermittlung mit gesellschaftlichen Interessenlagen und globalen Machtverhältnissen.

Aus diesem Grund ist aber auch kein Optimismus für ein kommendes „Jahrhundert der Umwelt“ angesagt. Zwar ist unabweisbar: In vielen Bereichen haben die Gesellschaften inzwischen auf ökologische Problemlagen zu reagieren begonnen. Viele nationale Vorschriften und viele internationale Abkommen zu den wichtigsten globalen Umweltproblemen wurden erlassen: Vom Montreal-Protokoll zum Schutz der Ozonschicht über die Klimarahmenkonvention bis zur Konvention über die biologische Vielfalt, von vielen regionalen Abkommen und Initiativen ganz zu schweigen (zum Überblick: Porter/Brown 1991, Jänicke/Weidner 1997). Aber trotzdem hält sich der Verdacht, daß es mit der Effektivität dieser Abkommen und ihrer Nützlichkeit für die Umwelt vielleicht nicht so weit her sein könnte. Und vor allem drängt sich der Eindruck auf, daß der vielbeschworene „Geist von Rio“, der für den Durchbruch der internationalen Umwelt- und Entwicklungsthematik so entscheidend gewesen sein soll, sich zwischenzeitlich erschöpft hat. Wo Anfang der 90er Jahre, nach dem Ende der Blockkonfrontation und im Taumel über eine „globale Partnerschaft“ am vermeintlichen „Ende der Geschichte“, noch Optimismus vorherrschte, hat sich inzwischen oft Ernüchterung breit gemacht ob der tatsächlichen internationalen Kooperation. Vor allem aber ist vor einem Kurzschluß zu warnen, der nur allzuoft begangen wird: Von der Existenz drängender Probleme auf die Notwendigkeit einer Lösung zu schlußfolgern. So scheinen grenzüberschreitende ökologische Probleme eine kooperative Lösung der „Staatengemeinschaft“ geradezu zu erzwingen, sollen nicht alle Beteiligten nachher schlechter dastehen. Angesichts des „Endes der Blockkonfrontation“ und der Entstehung einer „grenzenlosen Weltgesellschaft“ können Umweltschutzabkommen, so wird behauptet, eine Vorreiterrolle bei der Entwicklung einer „Global Governance“, eines „Weltregierens ohne Weltregierung“, spielen (Commission 1994, Young 1994).

Doch solche Ansichten leiden nicht nur unter einer verharmlosenden Sicht auf den mit „Globalisierung“ bezeichneten und insofern wegen seiner Folgen oft mißverstandenen Strukturwandel des Kapitalismus. Sie leiden auch unter einer vereinfachenden Sicht der Ökologieproblematik und der zu ihrer Lösung unternommenen Schritte. Im folgenden soll versucht werden, diese Verkürzungen in vier Schritten etwas zurecht zu rücken. Die erste Verkürzung betrifft die Fixierung auf den Schutz der Natur; die zweite eng damit verbunden den „Nord-bias“ der Umweltproblematik und den damit zusammenhängenden „Katastrophismus“; die dritte die falsche Separierung von anderen Problemen und Konflikten und die vierte die falsche Alternative in den Einschätzungen einer Lösung des Ökologieproblems. In der Frage, inwieweit sich Gesellschaften auf ökologische Probleme einstellen können, schwanken die Diskussionen nämlich zwischen dem einen Pol, der eine Berücksichtigung ökologischer Aspekte auch unter den

gegenwärtigen Verhältnissen für möglich hält, und der Gegenthese, die dies aufgrund der Gesetzmäßigkeiten moderner kapitalistischer Industriegesellschaften für prinzipiell unmöglich hält. Die Herausbildung eines „grünen Kapitalismus“ zeigt jedoch, daß hier tatsächlich etwas drittes möglich ist, nämlich eine sehr selektive Berücksichtigung ökologischer Bedingungen ohne Bruch mit den übergreifenden Tendenzen zur Steigerung der Naturbeherrschung.

### **Vom Schutz der Natur zur Gestaltung ihrer Nutzung**

Für viele Beobachter besteht das Ökologieproblem immer noch in erster Linie im Schutz von Umwelt und Natur. Unabhängig davon, welche moralische, politische oder ästhetische Begründung dafür im einzelnen angeboten wird, wird hier aber auf Natur oder die natürliche Umwelt als etwas unabhängig von menschlicher Nutzung existierendes Bezug genommen. Geschützt werden soll eine Umwelt, die aufgrund ihres Eigenwerts, ihrer unverzichtbaren und unersetzlichen Leistungen für den Menschen oder einfach aufgrund ästhetischen Wohlgefallens (bzw. des Mißfallens bei Schädigungen) so erhalten werden soll, wie sie jetzt ist oder vor nicht allzu langer Zeit am Beginn der Industrialisierung gewesen war. Doch diese Forderung ist in vielerlei Hinsicht paradox: Nicht nur zielt der geforderte Schutz von Natur bei genauerer Betrachtung häufig auf den Schutz einer schon menschlich genutzten und kulturell geformten Natur, bspw. auf eine bestimmte Kulturlandschaft. Selbst die vermeintlich letzten Reste „unberührter Natur“ sind in den meisten Fällen schon lange Zeit menschlich genutzte Regionen (wie bspw. der tropische Regenwald im Amazonasgebiet; vgl. Hecht/Cockburn 1989). Zumindest aber ist ihre gesellschaftliche Wertschätzung als zu schützende Natur von kulturellen Konstruktionen abhängig. Diese Konstruktionen verleihen aber nur bestimmten Teilen oder Aspekten der Natur einen besonderen Wert, während sie anderen dies versagen: einigen seltenen Säugetieren wird Schutzwürdigkeit attestiert, wohl kaum aber Mikroben oder Bakterien, die für das Leben auf der Erde aber unendlich viel wichtiger sind als der Sibirische Tiger.

Eine unberührte Natur gibt es also schon längst nicht mehr und viele kulturelle Konstruktionen zum Schutz der Natur sind oft nur romantische Begleiterscheinungen fortschreitender Naturbeherrschung. Bei der Fixierung auf den Schutz der Natur wird also vergessen, daß Natur nur als gesellschaftliche Konstruktion in den Horizont der Gesellschaft tritt: Einmal als *praktische Konstruktion*, die schon sozial und technisch modifiziert wurde; und zudem als *sprachlich-symbolische Konstruktion* im Rahmen unterschiedlicher Sprachen und Kulturen. Dieser Konstruktivismus im Naturverhältnis bedeutet aber gerade nicht, daß Natur dabei völlig beliebig konstruiert werden könnte oder gar in ihren sprachlichen Symbolisierungen aufgehen würde. Wäre dies so, dann gäbe es keine ökologische Problematik im eigentlichen Sinne, denn diese Problematik würde dann nur in einer falschen Sprachverwendung bestehen. So aber müssen wir davon ausgehen, daß unsere Konstruktionen der Natur *nicht beliebig* möglich sind,

sondern an den materiellen oder stofflich-energetischen Bedingungen *scheitern* können. Wir müssten diese Bedingungen nicht unbedingt als Natur bezeichnen. Aber für diesen Begriff spricht, daß die Bedingungen zwar nichts unberührtes darstellen, wohl aber der menschlichen Praxis partiell auch entgegengesetzt sind, weil sie *widerständige Momente* enthalten und insofern einen gewissen Eigensinn besitzen. Gesellschaften beziehen sich also in ihren Naturverhältnissen auf materiell-stofflich Bedingungen ihrer eigenen Existenz. Im Kern des Ökologieproblems steht aber nicht eine Umweltkrise oder eine Krise der Natur, sondern eine Krise in den gesellschaftlichen Verhältnissen zur Natur (Jahn 1991; Görg 1999).

Die isolierte Betrachtung einzelner Aspekte des Umwelt- und Naturschutzes ist also zu ersetzen durch eine umfassende Betrachtung der vielfältigen Formen, in denen Gesellschaften ihre Beziehungen zur natürlichen Umwelt regulieren. Dies schließt nicht nur ökonomische, sondern auch wissenschaftliche, technische, kulturelle und moralische Dimensionen mit ein. Es zeigt sich aber vor allem, daß nicht ein reaktiver Schutz vor einzelnen Belastungen oder Bedrohungen notwendig wäre, sondern eine umfassende *Gestaltung der Naturverhältnisse*. Diese Gestaltung muß politische, rechtliche, technische und alltagspraktische Aspekte enthalten und an zentraler Stelle auch die Geschlechterverhältnisse berücksichtigen. Und in der Tat sind dazu in den letzten Jahren eine Reihe von Ansätzen entwickelt worden: Von politischen Institutionen und Abkommen zur nationalen und internationalen Regulierung von Umweltproblemen und der Nutzung natürlicher Ressourcen, darin eingeschlossenen rechtlichen Regelungen und neuen Technologien, bis hin zu einem veränderten Alltagsverhalten, das ökologischen Fragen stärkere Beachtung schenkt (vgl. Jänicke/Weidner 1997). Aber all dies kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß im globalen Maßstab die Belastung der Umwelt durch die Ausbeutung natürlicher Ressourcen und ihre Übernutzung als Schadstoffsenke keineswegs abgenommen hat.

### **Katastrophismus und soziale Lebensbedingungen**

Von daher ist es nicht verwunderlich, wenn für viele engagierte Beobachterinnen und Beobachter eine katastrophische Zuspitzung des Ökologieproblems immer noch wahrscheinlich ist. Generell war für viele Bewegungen und Einzelpersonen in den Industriegesellschaften des Nordens die Hauptmotivation für ein ökologisches Engagement die Sorge um eine ökologische Katastrophe: sei es als „silent spring“ (Carson 1962), d.h. als chemische Vernichtung der einheimischen Fauna und Flora, sei es als großer nuklearer Unfall in einem Atomkraftwerk, als Klimakatastrophe oder, vermittelt über die „Bevölkerungsexplosion“, als Übernutzung der Biosphäre überhaupt. In dieser Fixierung auf die ökologische Katastrophe unterscheidet sich diese nördliche Sicht aber recht deutlich von der Sichtweise des Südens.<sup>2</sup> Denn in vielen Ländern des

---

<sup>2</sup> Auf das Motiv der „Bevölkerungsexplosion“ will ich an dieser Stelle nicht weiter eingehen, obwohl daraus einiges über den ideologischen Charakter des „Katastrophismus“ gelernt werden könnte. Gerade hier werden jedoch Ängste und Befürchtungen unter Verschleierung der realen Zusammenhänge auf den Gegenstand projiziert. So sind die

Südens stellt sich das Ökologieproblem zuerst als ein Problem der alltäglichen Sicherung des Lebensunterhalts dar: Sei es in der Form von Nahrungsmitteln, von Feuerholz, sauberem Wasser u.a. (Bryant/Bailey 1997). Die Katastrophe, so könnte man sagen, ist hier also schon in den normalen Alltag eingebaut. Aus dieser unterschiedlichen Sicht auf die Ökologieproblematik ergeben sich eine Reihe von Konsequenzen.

Zunächst bedeutet die alltägliche Gegenwart ökologischer Probleme, die aber oft nicht als solche thematisiert werden, sondern als soziales, i.e.S. als Armutsproblem erscheinen, eine völlig andere Ausrichtung der Wahrnehmung als in nördlichen Industrieländern. Denn dort wird die ökologische Problematik oft noch als ein Luxusproblem interpretiert, und zwar in doppeltem Sinne. Einerseits ist sie das Produkt einer verschwenderischen Lebensweise, und als solche entstanden aus der vermeintlichen „Lösung“ der sozialen Frage, nämlich einer bestimmten Regulation der Klassenverhältnisse im Rahmen des Fordismus. Und andererseits ist sie auch der sozialen Frage nachgeordnet, also ein Luxus, mit dem man sich nur beschäftigt, wenn und solange das unmittelbare materielle Leben gesichert erscheint. Zwar hat sich in den letzten Jahren die Erkenntnis durchgesetzt, daß es sehr unterschiedliche Formen der Verursachung von Umweltzerstörungen gibt, neben reichumsproduzierten auch armutsbedingte Umweltbelastungen. Aber die Konsequenzen, die sich aus diesen unterschiedlichen Thematisierungsformen ergeben, sind damit noch keineswegs geklärt. Alle umfassenden Lösungsansätze für die ökologische Problematik, wie vor allem das Konzept einer „nachhaltigen Entwicklung“, müssen der völlig gegensätzlichen sozialen und kulturellen Realität ökologischer Probleme Beachtung schenken. Dies impliziert die Integration sozialwissenschaftlicher Forschungsansätze in einen Trans- oder Crossdisziplinären Forschungsansatz (Redclift/Benton 1994; Becker u.a. 1997) und die kritische Selbstreflexion aller Lösungsvorschläge auf einen möglichen „Nord-Bias“.

Wenn ökologische Aspekte in den alltäglichen Problemen vieler Menschen in den Ländern des Südens eingelassen sind, dann sind zudem auch die konkreten sozialen Auswirkungen dieser Belastungen ernst zu nehmen und genau zu analysieren. Ökologische Degradationen betreffen nämlich keineswegs alle gleichermaßen, sondern verschärfen hierarchische gesellschaftliche Verhältnisse und generiert neue Dimensionen von Ungleichheit. So gilt die Beobachtung der alltäglichen Relevanz ökologischer Probleme meist nicht in gleicher Weise für die städtische Mittel- und Oberschicht südlicher Länder, die oft in Verhältnissen leben, die viel mehr gemeinsam haben mit der Lebensweise in den nördlichen Industriegesellschaften. Gesellschaftliche Spaltungen folgen nicht so einfach der geographischen Nord-Süd-Ausrichtung, sondern spalten südliche wie nördliche Länder nach neuen Gegensätzen von kapitalistischen Zentren und

---

existierenden globalen Umweltprobleme (Klimawandel, Abnahme der Ozonschicht, Erosion der Biodiversität etc.) alle durch den Naturverbrauch und die Umweltbelastungen der reichen Industrieländer maßgeblich verursacht. Und trotzdem wird die Bevölkerungszunahme in den südlichen Ländern, die meist eine Reaktion auf die kapitalistische Industrialisierung darstellt, zu einer Hauptursache des globalen Wandels erklärt. Diese Projektion, u.a. zum Horrorszenarium: „eine Milliarde Chinesen wollen auch Auto fahren“ verdichtet, verdeckt aber die Verursachungsstruktur wie die komplexen Zusammenhänge zwischen sozialen und ökologischen Verhältnissen, vor allem auch in den Ländern des Südens und dient so als ideologisches Motiv im Rahmen eines ökologischen Imperialismus des Nordens.

ausgegrenzter Peripherie. Vor allem sind ökologische Belastungen nicht geschlechtsneutral, sondern verschärfen in vielen Fällen bestehende patriarchale Strukturen. Besonders belastende Tätigkeiten wie die Versorgung mit Feuerholz oder Wasser werden in vielen Fällen von Frauen ausgeübt, so daß sich deren Situation durch die ökologischen Probleme noch verschlechtert. Da Frauen aber auch in vielen Fällen auf diese Situation reagiert haben und sie zum Anlaß von Protest und Widerstand gegen ihre Unterdrückung genommen haben, lassen sie sich gleichwohl nicht als alleinige Verliererinnen der ökologischen Problematik darstellen (Jackson 1994). Und trotzdem muß festgehalten werden, daß auch scheinbar globale Umweltbelastungen unterschiedliche Gruppen sehr verschieden berühren und daß generell das *Machtpotential* dieser Gruppen ausschlaggebend dafür ist, inwieweit sie von den ökologischen Belastungen tatsächlich getroffen werden.

Scheinbar alle Menschen gleichermaßen betreffende Probleme nehmen also Erscheinungsformen an, die gegensätzliche Interessenlagen (von Süd und Nord, Stadt und Land, Männern und Frauen, industrialisierter vs. Subsistenz-Landwirtschaft u.ä.) implizieren und Spaltungen zwischen diesen Interessengruppen produzieren bzw. verstärken. Die Bezeichnung „armutsbedingte Umweltbelastung“ tendiert zudem dazu, die lokalen Akteure nur als passiv Betroffene und nicht als soziale Akteure im vollen Sinne aufzufassen. Um ihre Stellung als Handelnde sichtbar zu machen, die nicht aus schicksalhaften Verkettungen, sondern aus gesellschaftlichen Gründen ökologischen und sozialen Depravierungen ausgesetzt sind, müssen ökologische Probleme in den politischen und ökonomischen Kontext eingebettet werden. Dies bedeutet, die *gesellschaftliche Verursachung* bestimmter Verschlechterungen konkret aufzuzeigen - die Sahelzone war bspw. keineswegs immer eine Hungerzone, sondern ist dies erst durch bestimmte nationale und internationale Politiken geworden, die auf Weltmarktintegration und Modernisierung abzielten und die zu Migration und Übernutzung geführt haben. Die verschiedenen Dimensionen ökologischer Probleme sind also vor dem Hintergrund der Machtpotentiale verschiedener Akteursgruppen und ihrer Interessenlagen und Strategien zu analysieren. Dann wird sichtbar, daß scheinbar reine Umweltproblemen in Wirklichkeit Konflikte um ein „politicized environment“ (Bryant/Bailey 1997) sind und das *Macht- und Herrschaftsformen zwischen Akteuren in ihre Naturverhältnisse eingeschrieben* sind.

### **Dimensionen ökologischer Konflikte**

Lange Zeit wurden Probleme wie die dargestellte Verkürzung auf den reinen Umweltschutz oder Differenzen zwischen Nord und Süd nur als Behinderung bei der Lösung des Ökologieproblems angesehen. Wenn ein isolierter Schutz der Umwelt nicht erreichbar und auch gar nicht sinnvoll ist, und wenn in den Ländern des Südens andere Problemlagen vorherrschend waren als in nördlichen Ländern, dann schien das eine Ökologisierung der Gesellschaft zu erschweren. Erst mit den Diskussionen um eine

nachhaltige Entwicklung (WCED 1987) fand der Nutzungsgedanke und die Differenzen zwischen Nord und Süd eine stärkere Berücksichtigung. Mit diesem Konzept schien endlich eine Leitvorstellung entwickelt worden zu sein, die nicht nur die Nutzung der Natur und die Notwendigkeit einer Regulation der Naturverhältnisse explizit anerkannte, sondern auch die Interessen der Südländer nicht länger als hinderliche Faktoren zur Lösung ökologischer Probleme ignorierte. Aber auch hier zeigt sich schon bald wieder der alte Fehler der Ökologiediskussion einer zu großen Separierung von anderen, insbesondere *polit-ökonomischen Konfliktdimensionen*.

Bis zum „Erdgipfel“ in Rio standen sich Nord und Süd noch weitgehend polar gegenüber. Der Süden brandmarkte den ökologischen Imperialismus des Nordens, der seine Macht dazu nutzte, mit ökologischen Argumenten technische und ökonomische Abhängigkeiten festzuschreiben. Der Norden kritisierte dagegen die Verantwortungslosigkeit des Südens, der noch nicht verstanden zu haben schien, daß eine Universalisierung des westlichen Lebensstils aus ökologischen Gründen nicht möglich ist. Doch mit dem Nachhaltigkeitskonzept schien ein Kompromiß gefunden, der die Berücksichtigung beider Seiten ermöglichte. Wer aber glaubte, daß mit diesem Kompromiß eine Ära der gemeinsamen Bearbeitung ökologischer Probleme angebrochen sei, der sieht sich heute gründlich getäuscht.

So haben internationale Übereinkommen wie bspw. die in Rio verabschiedete Konvention über die biologische Vielfalt („Convention on biological Diversity“; CBD) zwar einen starken Bezug auf die nachhaltige Nutzung der Biodiversität. Mit diesem Begriff ist aber nicht nur die Artenvielfalt, sondern auch die genetische Vielfalt innerhalb der Arten und die Vielfalt an Ökosystemen gemeint. Von vorangigen Interesse ist vor allem die ökonomisch-technische Verwertung genetischer Ressourcen (d.h. der potentiell nutzbaren vererblichen Eigenschaften von Tieren und Pflanzen) durch die neuen Bio- und Gentechnologien. Plötzlich sind bislang wenig interessante weil wenig gewinnträchtige Dimensionen der Natur wie die genetische Vielfalt zu Spekulationsobjekten einer neuen „Life Industry“ (Baumann u.a. 1996) aus Agrar- und Pharmakonzernen geworden. Die Erwartung, daß dies nun Nord und Süd helfen könnte, sind aber trügerisch. Der Grundgedanke der CBD war zwar, daß die biodiversitätsreichen Länder, die vor allem im Süden gelegen sind, durch eine Beteiligung an der ökonomischen Verwertung der Ressourcen Mittel zur Erhaltung der Biodiversität und zur eigenen Entwicklung erhalten könnten, sei es als direkte Gewinnbeteiligung, sei es über den Weg des Technologietransfers (Sanchez/Juma 1994). Um ein internationales Abkommen zu erhalten, wurden den Ländern des Südens auch Zugeständnisse gemacht und vor allem die Souveränität über die biologischen Ressourcen auf dem Territorium ihrer Nationalstaaten anerkannt. Doch das einfache Modell einer Verknüpfung von Ökologie und Entwicklung hat einige Haken.

Zum einen ist die internationale Dimension dieses Problem wesentlich komplexer, als dies das einfache Kompromißmodell annimmt. So ist die ökonomisch-technische Aneignung und Verwertung genetischer Ressourcen in weitreichende rechtlich-politische Regulierungsformen und globale Machtverhältnisse eingelassen. Da hier die Frage der

Verfügungsrechte über biologische Ressourcen zentral ist, konzentrieren sich die internationalen Konflikte nun auf die Ausgestaltung dieser Verfügungsrechte. Dabei werden exklusive Patentrechte und andere Formen geistiger Eigentumsrechte nach den Regeln des GATT/WTO-Vertrags<sup>3</sup> von der Privatwirtschaft und den sie unterstützenden Regierungen (vor allem den USA) favorisiert, während auf der Gegenseite von NGOs und sozialen Bewegungen entwickelten Vorschläge stehen, die Rechte der lokalen Nutzer im Süden zu stärken. Wie dieser Konflikt ausgehen wird, hängt von den Strukturen des globalen Kapitalismus und den Machtpotentialen der verschiedenen Akteursgruppen ab, und er dürfte sich angesichts der ökonomischen Bedeutung genetischer Ressourcen und dem Machtgefälle zwischen den „harten“ Regelungen des WTO-Vertrags und den eher „weicheren“ der CBD nicht zugunsten letzter auswirken. Was sich daher auf internationaler Ebene im Umkreis der verschiedenen Abkommen tatsächlich zuträgt, das ist die *Inwertsetzung neuer Ressourcen* in technischer und in rechtlicher Hinsicht. Während die technische Seite genetische Ressourcen überhaupt erst als ausbeutbare Ressource für die kapitalistische Produktion konstituiert, sichert die rechtliche Seite die Eigentumsverhältnisse an den Ressourcen und den Produkten.

Von dieser Seite aus will es so scheinen, als diene die CBD mehr dem Ausverkauf der biologischen Vielfalt als ihrem Schutz. Aber die sozialen Konflikte in diesem Feld sind noch etwas komplexer (vgl. zu den verschiedenen Dimensionen: Flitner u.a. (Hg) 1998). Zum zweiten ist nämlich der Kompromiß zwischen Ökologie und Ökonomie auch deshalb nicht so unproblematisch, wie das einfache Modell es nahelegt, weil sehr unterschiedliche Akteure und Bevölkerungsgruppen in diesem Konflikt in sehr verschiedener Weise involviert sind. So stehen auf der Seite des Südens die Interessen der Bevölkerung besonders betroffener Regionen wie bspw. der Amazonasregion in starkem Gegensatz zu den Interessen nationaler Regierungen, die oftmals allein von der Ausbeutung „ihrer“ Ressourcen profitieren wollen. Auf der Ebene der Landwirtschaft, die in die Regelungen der CBD eingebunden sind, stehen Formen kapitalistischer Nutzung (intensiver und hochtechnisierter Produktion für den Export) gegen Formen der Subsistenzwirtschaft. Damit stehen die Interessen global agierender Konzerne gegen lokale Nutzergruppen, die selbst wiederum heterogen und gespalten sind (so z.B. die verschiedenen Nutzer des Amazonasgebietes: Indigene, Gummizapfer, Kleinbauern etc.). Auch hier sind wiederum Genderaspekte zu beachten, nicht nur auf der Ebene der materiellen Lebensbedingungen, sondern auch bei verwandten Formen der humangenetischen Forschung, also der Nutzung des Menschen als Rohstoffquelle (Shiva/Moser 1995).

Die Regulierung globaler Umweltprobleme ist also von vorneherein eingelassen in die neue Runde kapitalistischer Globalisierung. Entsprechende Abkommen und Initiativen sind nicht nur als gemeinsame Anstrengungen zur Lösung globaler Bedrohungen zu verstehen, sondern als ein umkämpftes Feld, in dem die Interessen und die entsprechenden Strategien von „global player's“ eine zentrale Rolle spielen. So

---

<sup>3</sup> Und hier vor allem nach den Bestimmungen des TRIPs-Abkommens zu „Trade-Related-Intellectual-Property“ Rights; vgl. zu diesen Konflikten: Mooney 1998, dazu grundsätzlich: Kloppenburg 1988.

kollidieren im Beispiel der CBD Umweltregulierungen mit den politisch-rechtlichen Regelungen zur Liberalisierung *und* Monopolisierung des Welthandels im WTO/TRIPs-Vertrag (vgl. dazu Görg/Brand 1999). Wegen der Beteiligung von Akteuren mit höchst unterschiedlichen Interessen und sehr ungleichen Machtpotentialen sind daher auch Fragen der Ausgestaltung der nationalen und internationalen Demokratie angesprochen: Welche Chancen haben verschiedene Akteursgruppen, die entsprechenden Regelungen zu beeinflussen? Und welche Rolle spielen diese Regelungen überhaupt, sowohl im nationalen als auch im internationalen Rahmen, wenn im Zusammenhang mit der kapitalistischen Globalisierung die Fähigkeit der Nationalstaaten zur Steuerung gesellschaftlicher Entwicklung generell in Zweifel gezogen wird? Diese Fragen geben aktuell kaum Anlaß zu Optimismus, scheinen doch alle Partizipationsformen auf internationaler Ebene bislang einem grundlegendem Demokratiedefizit verhaftet zu bleiben. Deshalb stehen die Chancen lokaler Akteure, für ihre Interessen Gehör zu finden, oder von Nichtregierungsorganisationen, auf die Beachtung sozialer, menschenrechtlicher und ökologischer Standards hinzuweisen, eher schlecht (vgl. dazu Demirovic 1997a, Görg/Hirsch 1998).

### **Auf dem Weg zu einem „grünen Kapitalismus“?**

Die Fragen deuten also an, daß die Erfolgsaussichten ökologischer Reformen nur im Zusammenhang mit den *Strukturveränderungen des Kapitalismus* beurteilt werden können. Allerdings ist dies keine Alternative eines >Alles oder Nichts<. Immer wieder wird die Frage, ob sich moderne kapitalistische Gesellschaften auf ökologische Problemlagen einstellen können, zu der Frage verkürzt, ob sie in ihrer Funktionsweise überhaupt adäquat auf Umweltprobleme reagieren können oder nicht. Dagegen steht die Vermutung, daß sie dies nicht können, weil entweder (in orthodox marxistischer Perspektive) die Profitorientierung und die Interessen der dominanten Akteure dem entgegenstehen, oder weil (in systemtheoretischer Perspektive) die Eigengesetzlichkeit der gesellschaftlichen Teilsysteme eine Berücksichtigung ökologischer Aspekte nur nach dem „Code“ des jeweiligen Teilsystems zulassen, daher aber keine gesellschaftliche Gesamtrationalität zu erwarten sei (Luhmann 1986). Diesem Pessimismus steht in den Sozialwissenschaften die Hoffnung entgegen, daß sowohl auf der Ebene der gesellschaftlichen Institutionen und Organisationen, als auch auf der des individuellen Umweltbewußtseins und des Alltagshandelns Veränderungsprozesse möglich und teilweise auch schon sichtbar geworden sind.

Beide Einschätzungen können einige Evidenz für sich reklamieren. Daß ökonomische Verwertungsinteressen und Machtverhältnisse ökologische Reformen behindern, dies gilt nicht nur für den schon erwähnten Fall der CBD, sondern ebenso auch für die internationalen Klimaverhandlungen oder für viele Umweltgesetzgebungen auf nationaler Ebene. Daß die Logik der gesellschaftlichen Teilbereiche von der Ökonomie über die Politik bis zur Wissenschaft zur Bearbeitung ökologischer Probleme nicht

hilfreich ist, ist ebenfalls plausibel. Natur findet nur als mit einem Preis versehen und damit sehr selektiv bewertet Eingang in die ökonomische Rationalität; das politische System orientiert sich an Wahlerfolgen, und ökologische Aspekte spielen nur eine Rolle, wenn sie zur Erlangung eines solchen hilfreich sind (von der kurzfristigen Perspektive des parlamentarischen Systems ganz abgesehen); wissenschaftliches Wissen ist zwar für die Identifizierung ökologischer Probleme unverzichtbar, aufgrund seiner Spaltung in Disziplinen und seiner internen Vermitteltheit mit Ökonomie und Politik allerdings kaum zur Lösung sozial-ökologischer Probleme geeignet, sondern ebenso eine eigenständige Quelle ökologischer Risiken; usw.. Allerdings zeigt dieses letzte Beispiel der Wissenschaft auch insoweit einen Hoffnungsschimmer, als die starren disziplinären Trennungen im Rahmen der ökologischen Krise schon etwas aufgeweicht wurden und auch die Trennung zwischen wissenschaftlichem und nichtwissenschaftlichem Wissen durchlässiger geworden ist. Daher wird dem Wissen lokaler Akteure eine größere Bedeutung für die Lösung sozial-ökologischer Probleme zugebilligt als noch vor einigen Jahren. Wie wir am Beispiel der CBD allerdings gesehen haben, heißt dies noch lange nicht, daß dieses lokale Wissen sich gegen mächtigere Interessen durchzusetzen kann und auch tatsächlich zur Anwendung kommt (Brush/Stabinsky 1997, Mooney 1998).

Dies verweist auf ein grundsätzliches Problem: selbst die scheinbar völlig eigengesetzlichen Funktionssysteme reagieren durchaus im bestimmten Maße auf veränderte Umweltbedingungen und bilden neue Reaktionsformen aus. Etwas ähnliches gilt auch für gesellschaftliche Organisationen und Institutionen. So kann die Organisationssoziologie zeigen, daß kapitalistische Unternehmen keine geschlossenen Organisationen sind: trotz Rentabilitäts- und Profitorientierung ist die Berücksichtigung unterschiedlicher Zielsetzungen möglich. Kapitalistische Unternehmen können sich also durchaus auf ökologische Probleme einstellen. Dazu bedarf es spezifischer Lern- und Suchprozesse, weil es keinen „Masterplan“ für ökologische Reformen gibt und die erzielten Ergebnisse am Anfang nicht unbedingt planbar sind (Ortmann 1997). So ist die Entwicklung, die sich dann am Ende durchsetzt, nicht nur durch die Pläne einzelner mächtiger Akteure hervorgerufen, sondern durch das konflikthafte Zusammenspiel sehr unterschiedlicher Interessen und Strategien. Aber natürlich wird dabei in einem Unternehmen die Profitorientierung nicht außer Kraft gesetzt - sonst wäre es kein kapitalistisches Unternehmen mehr. Die Existenz von *Spielräumen der Veränderung* negiert also keineswegs die Existenz *struktureller Zwänge*, die jeglichem Handeln Bedingungen vorgeben, solange diese Zwänge kapitalistischer Vergesellschaftung selbst in Kraft sind.

Auf die kapitalistische Entwicklung im Ganzen angewandt heißt dies: Es gibt keine übergreifende Logik, die die Entwicklung des Kapitalismus im Ganzen steuern würde. Vielmehr bildet der Kapitalismus, wie die Regulationstheorie gezeigt hat (Lipietz 1987, Boyer 1990, Hirsch/Roth 1986), in seiner Entwicklung deutlich unterschiedene Phasen aus, die durch unterschiedliche Institutionensysteme reguliert und stabilisiert werden. Die Regulation kapitalistischer Verhältnisse meint dabei nicht unbedingt seine planvolle politische Steuerung, sondern die *phasenweise Stabilisierung widersprüchlicher*

*Verhältnisse.* In die jeweils existierende Regulationsweise gehen also die Strategien und Machtverhältnisse sehr unterschiedlicher Akteure ein. Sie bildet ein umkämpftes Feld sozialer Auseinandersetzungen, das nur zeitweise stabil ist (vgl. zur Kritik am Sachzwang Globalisierung: Demirovic 1997b). Die Existenz struktureller Zwänge und systemischer Eigengesetzlichkeiten ist damit kein Gegenargument dafür, daß ökologische Probleme nicht doch aufgegriffen und bearbeitet werden können. Nur dürfte es dabei eben auch zu einer markanten Verschiebung kommen. Denn die Probleme werden in den Institutionen und Organisationen eben auch selektiv aufgegriffen und in die „Sprache“ der Teilsysteme übersetzt.

Das Fortbestehen struktureller Verwertungszwänge und die Berücksichtigung ökologischer Problemlagen müssen sich also nicht unbedingt ausschließen. Allerdings sagt die Möglichkeit einer Berücksichtigung von Umweltproblemen im kapitalistischen Unternehmen oder im politischen Institutionensystem noch nichts darüber aus, in welcher Form dies zu neuen kohärenten Mustern gesellschaftlicher Stabilisierung, zu neuen Akkumulationsregimen und Regulationsweisen führt. Versteht man die neue Runde kapitalistischer Globalisierung als eine neue Phase des Kapitalismus im Übergang vom Fordismus zum Postfordismus, unabhängig davon, ob nun schon eine neue stabile Formation entstanden ist oder ob wir uns noch in der Phase des Übergangs befinden (zur Periodisierung: Alnasser u.a. 1999), dann lassen sich wenigstens vier kurze Bemerkungen zur Situation des Ökologieproblems und zu den Chancen einer Gestaltung gesellschaftlicher Naturverhältnisse im Postfordismus machen: Sie betreffen die soziale Erscheinungsweise (1.), die politischen Regulierungsformen auf nationaler (2.) und internationaler Ebene (3.) und die grundsätzlichen Grenzen einer Gestaltung der Naturverhältnisse unter kapitalistischen Bedingungen (4.).

zu 1.) Die erste Bemerkung betrifft die sozialen Erscheinungsformen ökologischer Probleme im Weltmaßstab. Völlig im Gegensatz zu der Hoffnung, daß ökologische Katastrophentpotentiale die Menschheit zu einer „globalen Schicksalsgemeinschaft“ zusammenschweißen könnte, verstärken sozial-ökologische Problemlagen noch die Fragmentierungen und Spaltungen, die die „Weltgesellschaft“ sowieso auszeichnen. Daß „Globalisierung“ sowieso nichts mit der Vereinheitlichung von Lebenschancen im globalen Rahmen zu tun hat, dies hat sich inzwischen herumgesprochen. Und diese Fragmentierung wird durch sozial-ökologische Probleme nicht ausgeglichen, sondern um eine *neue Dimension von Ungleichheit erweitert*: Welches Wasser wir trinken können, welche Luft wir atmen, welchen Lärm und welchen Müll wir ertragen, welches Gift in den Lebensmitteln wir hinnehmen müssen und welche Gesundheitskosten zur Korrektur dieser Schädigungen wir aufbringen müssten (aber vielleicht nicht aufbringen können), diese ökologischen Risiken und die Chancen zu ihrer Bewältigung sind schon in nationalen Gesellschaften, erst recht aber im Weltmaßstab höchst ungleich verteilt und mit anderen Ungleichheitsdimensionen (Gender, Reichtum und Macht) eng verbunden.<sup>4</sup>

---

<sup>4</sup> Insofern war es eine der gravierendsten Fehldeutungen der Ökologiedebatte der 80er Jahre, zu glauben, daß Klassenschicksale an Bedeutung verlieren werden. Zwar sind in der Tat Ungleichheitslagen vielfach in sich gebrochen und addieren sich kaum noch zu homogenen Lagen, von politischen Hoffnungen auf das Handeln einer

zu 2.) Eine politische Gestaltung und evtl. Bewältigung dieser Belastungen wird sich immer noch in erster Linie auf den Nationalstaat beziehen müssen. Obwohl inzwischen deutlich geworden ist, daß dieser zur Bearbeitung ökologischer Probleme aus verschiedenen Gründen nicht sehr geeignet ist (vgl. z.B. Lipschutz/Conca 1993), verdichten sich auf der Ebene der Nationalstaaten aber immer noch die Klassenverhältnisse und damit die wichtigsten Interessengegensätze. Allerdings ist die nationale Ebene im Zuge kapitalistischer Globalisierung selbst starken Transformationsprozessen ausgesetzt. So kann der Nationalstaat nicht mehr, wie im Fordismus, einen mehr oder weniger homogenen Wirtschaftsraum regulieren, sondern er richtet sich verstärkt auf die Absicherung nationaler oder regionaler Wettbewerbsbedingungen aus (Hirsch 1997, Jessop 1994). Die Chancen für ökologische Reformen müssen damit nicht gänzlich verbaut sein, aber sie stehen von vorneherein unter den Bedingungen verschärfter Weltmarktkonkurrenz und damit unter *ökonomischen Erfolgskriterien*. Auf nationaler und regionaler Ebene werden Umweltbedingungen zu einem „weichen“ (und manchmal wie bei den genetischen Ressourcen, auch zu einem „harten“) *Wettbewerbsfaktor*, der, wie kulturelle Faktoren auch, die Chancen einer Anwerbung von Unternehmen verbessern oder verschlechtern kann. Dabei konkurriert er allerdings mit rein ökonomischen Bewertungskriterien wie der steuerlichen Belastung bzw. den Lohnkosten. Ökologische Faktoren können also von Unternehmen durchaus aufgenommen werden, werden aber dabei wohl kaum per se zu einer Ökologisierung des Unternehmens führen, sondern zu einem zusätzlichem Entscheidungskriterium unternehmerischen Handelns unter anderen. Der Anteil ökologischer Aspekte differiert dabei in seiner Relevanz von Branche zu Branche und sogar von Betrieb zu Betrieb, und er bleibt in seiner Wirksamkeit sehr stark von staatlichen Rahmensetzungen (z.B. von Ökosteuern oder allgemein der Energie- oder Verkehrspolitik) abhängig.

zu 3.) Der Wille und die Fähigkeit zu solchen ökologischen Rahmensetzungen hängt aber nicht nur von den jeweiligen nationalen Interessenlagen und Machtverhältnissen ab, sondern wegen der Internationalisierung des Kapitals immer mehr von den sich herausbildenden Formen internationaler Regulation. Hochgeschraubte Erwartungen an eine neue Form internationaler Steuerung, die schon erwähnte Idee des „Global Governance“, werden sich dabei aber nur bedingt erfüllen. Diese Erwartungen gehen davon aus, daß auf internationaler Ebene mit der Schwächung der Nationalstaaten und dem Auftreten neuer Akteure, vor allen den sog. Nichtregierungsorganisationen, neue Formen der weichen, nicht-hierarchischen Netzwerk-Steuerung entstehen (Messner 1995, Altwater/Mahnkopf 1996). Faktisch werden sich jedoch zwischenstaatliche Regulierungsformen, internationale Institutionen und Organisationen und transnationale Netzwerkorganisationen überlagern (Hein 1998). Dabei ist aber im Auge zu behalten,

---

„Klasse für sich“ ganz zu schweigen. Gleichwohl ist es Ideologie, zu glauben: „Not ist hierarchisch, Smog ist demokratisch.“ (Beck 1986, 48)

daß die oben aufgezeigte *Gegensätzlichkeit verschiedener Regulierungsformen* nicht unbedingt zu einer rationalen Gestaltung der Naturverhältnisse führt, sondern zu einer Gestaltung, die widersprüchlichen Interessen dient und gegebenenfalls auch kontraproduktive Wirkungen zeitigt. So lautete zumindest der Verdacht im Hinblick auf die CBD. „Global Governance“ ist weniger eine neue Zauberformel zur Lösung ökologischer Probleme, sondern ein „Flickwerk heterogener Kontrolltypen“ (Haug 1999, 62). Und es vermag vielleicht schon zur Regulation weltgesellschaftlicher Prozesse beizutragen, nur eben in widersprüchlicher Weise und mit vielen nicht-intendierten Folgen in ökologischer Hinsicht.

zu 4.) Bleibt zum Abschluß noch ein fundamentales Problem der Ökologieproblematik zu erinnern, daß auch im Rahmen einer wie immer gearteten postfordistischen Regulationsweise wohl kaum gelöst werden dürfte: die Ausrichtung der sozialen Integration auf das Muster der *Wohlstandssteigerung* und damit verbunden die *Steigerung der Naturbeherrschung*. Im Rahmen der fordistischen Regulationsweise war sowohl der grundlegende Klassenkompromiß als auch, darauf aufbauend, die staatliche keynesianische Wirtschaftspolitik am Modell der Beteiligung der Lohnabhängigen an einem wachsenden gesellschaftlichen Gesamtprodukt ausgerichtet (Altvater 1993). Genau dieses Integrationsmuster ist aufgrund seines Ressourcenverbrauchs und seines Schadstoffausstoßes einer der Hauptursachen für die ökologische Krise. Bei allen noch bestehenden Unklarheiten über die postfordistische Regulationsweise und trotz (bzw. wegen) aller zu beobachtenden Ausgrenzungen aus diesem Wohlstandsmodell beim Übergang von Welfare- zum Workfare-State (Jessop 1998) steht in den entwickelten Industrieländern ein grundlegender Wandel auf dieser Ebene nicht an - auch die Spaltung in eine Zweidrittel-Gesellschaft der relativ Wohlhabenden beseitigt ja noch nicht die Hoffnung des ausgegrenzten Drittels auf Teilhabe am Wohlstand.

Im Rahmen der Ökologiediskussion wird aber dieses Problem der Integration von sozialer und ökologischer Frage verfehlt und zu einer Diskussion um die Alternative „Effizienz vs Suffizienz“ reduziert: Reicht es zur Lösung der ökologischen Problematik aus, die technische Effizienz im Naturverbrauch zu optimieren, oder muß zusätzlich die Frage nach der Suffizienz gestellt werden, nach dem: Wieviel ist genug? (vgl. z.B. BUND/Miserior (Hg) 1996) Der Fehler in der Betrachtung liegt hier darin, daß die Frage nach der Suffizienz zu einem rein moralischen Problem bzw. zur Frage nach einem nicht zu steuernden Wertewandel vereinfacht wird. Damit wird es entweder individualisiert oder als unplanbares Schicksal dargestellt. Beides geht am Problem der Vermittlung von sozialer und ökologischer Problematik vorbei, daß nämlich mit der Frage nach Suffizienz die Frage nach dem gesellschaftlichen Naturverbrauch gestellt wird. Damit wird aber letztlich ein Problem der Stabilisierung gesellschaftlicher Produktion und Reproduktion und der Regulierung von Klassenverhältnissen, d.h. der Ausgestaltung einer konkreten Regulationsweise aufgeworfen: Unter welchen Bedingungen sind Menschen in das System der gesellschaftlichen Reproduktion integriert? Davon hängen aber letztlich ihre Interessenlagen ab und davon dürfte auch ihre Bereitschaft maßgeblich

(wenn auch nicht ausschließlich) bedingt sein, ihr Verhalten zu ändern. Die Frage nach einer Einschränkung des Ressourcenverbrauchs hängt also letztlich nicht von moralischen Erwägungen der Einzelnen ab, sondern davon, ob eine Form der Regulation sozialer Verhältnisse durchgesetzt werden kann, die nicht mehr einem strukturellen Zwang zur Vergrößerung des materiellen Reichtums und damit eines vergrößerten Stoffdurchsatzes unterliegt.

Doch in dieser Hinsicht haben alle Diskussionen der letzten Jahre wenig optimistisches zu Tage gebracht: weder in Süd noch in Nord wird auch nur die Möglichkeit eines Verzichts auf Wirtschaftswachstums ernsthaft erwogen. Gerade der Begriff der nachhaltigen Entwicklung steht letztendlich, jenseits aller Differenzen in seiner konkreten Operationalisierung, die es nach wie vor gibt, für einen Kompromiß zwischen Nord und Süd auf der Grundlage eines weiteren wirtschaftlichen Wachstums beider. Damit verschieben sich aber alle Gestaltungspotentiale im Naturverhältnis allein auf eine „Effizienzrevolution“. Trotz allen Potentialen einer rationelleren Verwendung von Natur (erneuerbare Energiequellen, effizienterer Einsatz von Energie und Material, Recycling, etc.) verfolgt aber die einseitige Fixierung auf technische Lösungswege der ökologischen Problematik weiterhin die Strategie der Naturbeherrschung. Denn sie bezieht sich auf Natur als auf ein nutzbares Substrat ökonomisch-technischer Interessen, das gesellschaftlichen Zwecksetzungen nahezu beliebig unterworfen werden kann. Obwohl im Rahmen der ökologischen Problematik zwar durchaus die Erfahrung gemacht wurde, daß dies nicht unbegrenzt möglich ist, versucht eine *rein technische Optimierungsstrategie* gleichwohl nur *die Naturbeherrschung zu verbessern*, indem sie mögliche negative Folgewirkungen in Gestalt ökologischer Risiken einzukalkulieren versucht. Aber sie bricht keineswegs mit einer Logik, die der Diagnose von Horkheimer und Adorno (1944/1987) gemäß die abendländische Zivilisation von Beginn an kennzeichnet, und die diese mit der europäischen Expansion seit über 500 Jahren über die Welt gebracht hat.

Obwohl also im Postfordismus eine Berücksichtigung ökologischer Folgewirkungen durchaus möglich und faktisch zumindest in Ansätzen auch schon Realität ist, besteht überhaupt kein Grund zur Entwarnung. Weder wird die Tendenz zu einem steigenden Naturverbrauch damit umgekehrt werden, noch die Irrationalität der kapitalistischen Logik gebrochen: Dominante Interessen werden weiterhin eine Ausbeutung der Natur zu profitablen und kurzfristigen Zwecken verfolgen und die *Möglichkeiten einer Gestaltung der Naturverhältnisse* werden *den Strukturzwängen kapitalistischer Restrukturierung untergeordnet* werden. Der Kapitalismus wird sich möglicherweise ebenso auf ökologische Problemlagen einstellen lassen, wie er auch die „soziale Frage“ „gelöst“ hat: Nicht im Sinne einer Beseitigung der zugrundeliegenden Ursachen, sondern in der Regulation der fortbestehenden Widersprüche. Und selbst geringe Fortschritte in der sozialen Frage werden auch weiterhin auf dem Weg der Steigerung der Naturbeherrschung erreicht und damit letztlich auf Kosten der Natur erkaufte werden.

## Literatur

- Alnasseri, S.M. et al. (1999):  
Altvater, Elmar (1993): *The Future of the Market. An Essay of the Regulation of Money and Nature*, London&New York  
Altvater, E./Mahnkopf, B. (1996): *Grenzen der Globalisierung*, Münster  
Baumann, Miges et al. (1996): *The Life-Industry, Biodiversity, People and Profits*, London  
Beck, Ulrich (1986): *Die Risikogesellschaft*, Frankfurt/M.  
Becker, Egon et al. (1997): *Sustainability. A Cross-Disciplinary Cocept for Social Transforamtions*, MOST-Policy Paper (Unesco); Paris  
Boyer, Robert (1990): *The Regulation School: a Critical Introduction*, New York  
BUND/Miserior (Hg): *Zukunftsfähiges Deutschland*, Studei des Wuppertal Instituts, Basel u.a.  
Brush, S.B./Stabinsky, D. (Eds.) (1997): *Valuing local Knowledge*, Washington  
Bryant, R.L./Bailey, S. (1997): *Third World Political Ecology*, London&New York  
Carson, Rachel (1962): *Silent Spring*, Cambridge MA  
Commission (1994): *Our Global Neighbourhood*, published by the Comission on Global Governance, Oxford  
Demirovic, Alex (1997a): *Demokratie und Herrschaft*, Münster (japanische Übersetzung in Vorbereitung)  
Demirovic, Alex (1997b): *Globalisierung und Krise des fordistischen Modells (Titel?)* in: *Jokyo* Nr. 10, 1997  
Flitner, M./Görg, C./Heins, V. (Hg) (1998): *Konfliktfeld Natur. Biologische Ressourcen und globale Politik*, Opladen  
Haug, Wolfgang Fritz (1999): *Politisch richtig oder Richtig politisch: Linke Politik im transnationalen High-Tech-Kapitalismus*, Berlin  
Hecht, S.B./Cockburn, A. (1989): *The Fate of the Foreest*, London&New York  
Hein, Wolfgang (1998): *TRansnationale Politik und soziale Stabilierung im Zeitalter postfordistischer Globalisierung*, in: *Nord-Süd-Aktuell*, Jg. XII, Nr. 3  
Hirsch, Joachim (1997): *Globalization of Capital, Nation-States and Democracy*, in: *Studies in Political Economy*, No.54, pp 39-58  
Hirsch, J./Roth, R. (1986): *Das neue Gesicht des Kapitalismus*, Hamburg (engl.?)  
Horkheimer, M./Adorno, T.W. (1987): *Die Dialektik der Aufklärung*, in: *M.Horkheimer: Gesammelte Schriften Bd. 5*, Frankfurt/M.  
Görg, Christoph (1999): *Gesellschaftliche Naturverhältnisse*, Einstiege Bd. 7, Münster  
Görg, C./Brand, U. (1999): *Globale Umweltpolitik und nationalstaatliche Konkurrenz*, in: P.Fuchs/W.Hein (Hg): *Globalisierung und ökologische Krise*, Hamburg (i.E.), eine überarbeitete englische Fassung erscheint demnächst in *Review of International Political Economy (RIPE)*  
Görg, C./Hirsch, J. (1998): *Is international Demoracy possible?* in: *RIPE Vol. 5, No. 4*, pp 585-615  
Jackson, Cecile (1994): *Gender Analysis and Environment*, in: *Redclift/Benton (Eds.)*  
Jahn, Thomas (1991): *Das Problemverständnis sozial-ökologischer Forschung*, in: *E.Becker (Hg): Jahrbuch für sozial-ökologische Forschung*, Frankfurt/M.  
Jänicke, M./Weidner, H. (Eds.) (1997): *National Environmental Policies*, Berlin et al.  
Jessop, Bob (1994): *Post-Fordism and the State*, in: *A.Amin (Eds.): Post-Fordism*, Oxford&Cambridge  
Jessop, Bob (1998): *Die Erfahrungen mit New Labour - eine Politik für den Postfordismus?* in: *C.Görg/R.Roth (Hg): Kein Staat zu machen*, Münster  
Kloppenborg, Jack Ralph (1988): *First the Seed*, Cambridge

- Lipietz, Alain (1987): *Mirages and Miracles*, London
- Lipschutz, R.D./Conca, K. (Eds.) (1993): *The State and Social Power in Global Environmental Politics*, New York
- Luhmann, Niklas (1986): *Ökologische Kommunikation*, Opladen
- Messner, Dirk (1995): *Die Netzwerkgesellschaft*, Köln
- Mooney, Pat R. (1998): *The Parts of Life. Agricultural Biodiversity, Indigenous Knowledge and the Role of the Third System*, Uppsala
- Ortmann, Günther (1997): *Das Kleist-Theorem. Über Ökologie, Organisation und Rekursivität*, in: M.Birke et al. (Hg): *Handbuch Umweltschutz und Organisation*, München
- Porter, G./Brown, J.W. (1991): *Global Environmental Politics*, Boulder, Colorado
- Redclift, M./Beton, T. (Eds.) (1994): *Social Theory and the Global Environment*, London&New York
- Sanchez, V./Juma, C. (1994): *Biodiplomacy. Genetic Resources and international Relations*, Nairobi
- Shiva, V./Moser, I. (Eds.) (1995): *Biopolitics: A Feminist and Ecological Reader on Biotechnology*, London&Penang
- WCED (1987): *Our Common Future*, published by the World Commission of Sustainable Development, Oxford
- Young, Oran (1994): *International Governance: Protecting the Environment in a Stateless Society*, Ithaca/London